

BUNDESRAT

Neuer Chef der Militärdiplomatie

sz. · Der Bundesrat hat Brigadier Peter Wanner zum Chef Internationale Beziehungen im Bereich Verteidigung ernannt. In seiner neuen Funktion wird der 52-jährige Berufsoffizier die militärischen Interessen der Schweiz auf internationaler Ebene vertreten. Wanner war ab 2004 als Stabschef des Chefs der Armee tätig. Seit Anfang 2011 ist er Verteidigungsattaché in Rom. Als neuer Chef Internationale Beziehungen Verteidigung ersetzt Wanner den im Amt verstorbenen Erwin Dahinden.

Anschluss des Euro-Airports an Bahn

sda. · Der Bundesrat hat das Sachplan-Objektblatt für den Flughafen Basel-Mülhausen verabschiedet. In der umstrittenen Frage der Anbindung an das Bahn-Fernverkehrsnetz hält er gemäss Communiqué fest, dass langfristig ein direkter Anschluss ans schweizerische Fernverkehrsnetz wichtig sei und nicht nur ans Netz der regionalen S-Bahn. Damit sollen Verbindungen aus den wichtigen Zentren der Schweiz an den Flughafen ermöglicht werden. Der Bahnanschluss solle zudem zur besseren Aufgabenteilung zwischen Schiene und Strasse beitragen und damit langfristig eine gute Erreichbarkeit von Basel-Mülhausen sicherstellen.

Statistik zur Gesundheitsversorgung

cs. · Eine gute Datengrundlage ist für eine effiziente Steuerung des Gesundheitssystems wichtig. Der Bundesrat hat die Mittel bewilligt, um das Projekt MARS (Modules Ambulatoires des Relevés sur la Santé) fortzuführen und Datenlücken im ambulanten Bereich zu schliessen. Bisher betrafen die Erhebungen nur den stationären Sektor. Neu kommen Daten zu den ambulanten Leistungen der Spitäler sowie der Arztpraxen und weiterer ambulanter Leistungserbringer wie Spitexorganisationen und Apotheken hinzu. Gegen das Projekt formierte sich Widerstand aus der Ärzteschaft. Man fürchtete um das Arztgeheimnis. Mit der jetzt verabschiedeten anonymen Regelung zeigt sich die Verbindung der Ärzte FMH einverstanden. Den vom Bundesrat für das Jahr 2014 mit 1,1 Millionen Franken angegebenen jährlichen Aufwand erachten Kenner freilich für zu niedrig angesetzt.

Tierbeiträge werden erhöht

sda. · Bevor sie nächstes Jahr abgeschafft werden sollen, werden die Beiträge für Raufutter verzehrende Nutztiere noch einmal erhöht. Weil das Parlament den Kredit für allgemeine Direktzahlungen aufgestockt hat, werden die Direktzahlungen 2013 um 25 Franken auf 425 Franken erhöht. Ab 2014 sollen dann die in der Agrarpolitik 2014–2017 vorgesehenen Direktzahlungen in Kraft treten. Die Tierbeiträge werden damit aufgehoben und durch Versorgungs-sicherheitsbeiträge für Grünland ersetzt.

Schärferes Geschütz gegen Bestechung im Sport

Die Landesregierung schlägt einen Ausbau des Korruptionsstrafrechts vor

Korruptionsfälle im Sport sollen einfacher geahndet werden können. Der Bundesrat schlägt vor, die Bestechung unter Privaten weiter zu fassen und von Amtes wegen zu verfolgen.

fon. Bern. · Seit längerem schon stehen gewisse Normen des Schweizer Korruptionsstrafrechts in der Kritik. So wird namentlich bemängelt, dass Bestechungshandlungen bei der Vergabe grosser Sportanlässe – entsprechende Vorwürfe wurden etwa rund um den Zuschlag der Fussball-Weltmeisterschaften nach Russland und Katar erhoben – rechtlich nicht genügend erfasst sind. Der Bundesrat hatte bereits früher erklärt, dass er Änderungen durchsetzen wolle, gerade mit Blick auf die vielen in der Schweiz ansässigen inter-

nationalen Sportverbände wie die Fifa oder das Internationale Olympische Komitee. Am Mittwoch nun hat er eine Änderung des Strafgesetzbuches in die Vernehmlassung geschickt.

So soll die Bestechung Privater – also das Anbieten oder Annehmen eines «nicht gebührenden Vorteils» – nicht mehr im Gesetz über den unlauteren Wettbewerb, sondern neu als eigener Tatbestand im Strafgesetzbuch geregelt werden. Damit sollen künftig auch Korruptionsfälle erfasst werden – wie die Vergabe von Sportanlässen –, bei denen nicht unbedingt eine Marktverzerrung vorliegt. Zudem wird die Bestechung Privater nicht mehr nur auf Antrag verfolgt, sondern neu als Offizialdelikt ausgestaltet; als Sanktion ist weiterhin eine Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder Geldstrafe vorgesehen. Die Landesregierung erhofft sich damit eine grössere Wirksamkeit, spielt doch die Pri-

vatbestechung in der Strafrechtspraxis heute so gut wie keine Rolle, wie eine Umfrage des Bundes bei den kantonalen Staatsanwaltschaften ergeben hat. Doch auch wenn das Delikt künftig von Amtes wegen verfolgt wird, ändert dies nichts daran, dass die Strafverfolgungsbehörden auf Hinweise von Insidern angewiesen sein werden. Und hier dürfte denn auch die Hauptschwierigkeit liegen. – Weiter will der Bundesrat auch die Bestechung von Amtsträgern erweitern: So soll korruptes Verhalten auch dann strafbar sein, wenn nicht der Amtsträger selber, sondern ein Dritter, wie beispielsweise ein Sportverein, Bestechungsgeld erhält.

Der Bundesrat reagiert mit der vorgeschlagenen Regelung auf verschiedene parlamentarische Vorstösse. Auch die Greco, die Staatengruppe gegen Korruption des Europarates, hatte die Schweiz zum Handeln aufgefordert.

Mit einem neuen Programm gegen Armut

Der Bundesrat beschliesst Budget von neun Millionen Franken für fünf Jahre

Mit einem neuen Programm will der Bundesrat gegen Armut ankämpfen. Das Projekt ist vergleichsweise bescheiden und will die Anstrengungen von Kantonen und Gemeinden unterstützen.

fon. Bern. · Schon heute unternimmt der Bund zahlreiche Aktivitäten zur Armutsbekämpfung. Nun will der Bundesrat das Engagement weiter ausbauen. Er hat am Mittwoch ein neues nationales Programm gutgeheissen, das darauf hinzielt, Armut vorzubeugen und den Weg aus der Armut zu erleichtern. Das Programm, das mit zahlreichen Akteuren erarbeitet wurde, soll in den Jahren 2014 bis 2018 umgesetzt werden;

zuständig ist das Bundesamt für Sozialversicherungen. Das Budget beträgt insgesamt neun Millionen Franken.

Angesichts der zahlreichen Ideen und Forderungen, wie man «armutsbetroffenen» Personen unter die Arme greifen könnte, kommt das neue nationale Programm geradezu bescheiden daher. So sind etwa Ergänzungsleistungen für Familien, über die auf Bundesebene schon seit Jahren diskutiert wird, kein Thema. Das Konzept legt den Fokus vielmehr darauf, den Kantonen, Gemeinden und Städten, die für die Sozialpolitik hauptsächlich zuständig sind, zur Seite zu stehen und ihnen eine Plattform zu bieten, um sich auszutauschen. Der Bund reisst also nicht selber Projekte an, sondern will interessante und beispielhafte Vorhaben unterstüt-

zen. Das Vorgehen orientiert sich an anderen Programmen, etwa jenem zu Jugend und Gewalt.

Das Schwergewicht liegt darauf, die Bildungschancen sozial benachteiligter Kinder und Erwachsener zu erhöhen. So sollen etwa die vielen, in den letzten Jahren eingeführten Massnahmen zur Frühförderung von Kindern einmal validiert werden. Ein weiterer Punkt sind Angebote für Menschen mit geringen Chancen auf dem Arbeitsmarkt, wie sie etwa Sozialfirmen darstellen. Weiter soll untersucht werden, wie es um die Versorgung mit günstigem Wohnraum steht und welche Massnahmen zur Bekämpfung von Familienarmut effektiv wirken. Schliesslich will man bedürftige Menschen auch besser über Unterstützungsangebote informieren.

Weitere Steuergelder für Schweizer Winzer

Bestände an AOC-Weinen sollen abgebaut werden – Massnahme bis Ende 2014 befristet

Mue. · Die Schweizer Winzer erhalten weitere Subventionen in Höhe von 10 Millionen Franken. Der Bundesrat habe die vom Parlament im Dezember vergangenen Jahres beschlossene «ausserordentliche Entlastungsmassnahme» in eine Verordnung umgesetzt, heisst es in einer Medienmitteilung des Bundesrats.

Mit dieser Massnahme, die Anfang Juni 2013 in Kraft tritt und bis Ende des kommenden Jahres befristet ist, sollen die Lagerbestände an Schweizer Weinen mit kontrollierter Ursprungsbezeichnung (AOC) verringert werden. Begründet wird der staatliche Eingriff

mit der Stärke des Fränkens, der höheren Ernte 2011 und der zurückgehenden Nachfrage nach Schweizer Weinen. Im vergangenen Jahr ist der Gesamtverbrauch an Schweizer Weinen erstmals unter 1 Million Hektoliter gesunken.

In einem ersten Schritt sind AOC-Weine zu deklassieren. Dann werden ihre Preise durch einen Beitrag des Bundes von höchstens 1 Franken 50 pro Liter auf das Niveau von Tafelweinen gesenkt, wobei die begünstigten Betriebe sich in gleichem Umfang daran beteiligen sollen. Die Zuteilung der Beiträge erfolge mittels Ausschreibung, heisst es

in der Verordnung. Zudem seien die finanziell unterstützten deklassierten Weine getrennt zu lagern, und die Behälter müssten mit dem Vermerk «Wein, dessen Deklassierung finanziell unterstützt wurde» gekennzeichnet werden.

Durch die Verbilligung der Schweizer AOC-Weine soll der Binnenkonsum angekurbelt werden. Nach Auskunft des Bundesamts für Landwirtschaft belaufen sich die Lagerbestände für Schweizer Weine mit kontrollierter Ursprungsbezeichnung auf bis zu 10 Millionen Liter.

«Reflexe», Seite 26

«Resultat ist gut und umfassend»

Bundesrat zu China-Abkommen

For. Bern. · Am Mittwoch hat Wirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann den Bundesrat über die Eckwerte des Freihandelsabkommens mit China informiert. Vor den Medien sagte er anschliessend, die Schweiz habe «ein gutes und umfassendes Verhandlungsergebnis» erzielt. Das Abkommen decke eine breite Palette von Themen ab, vom Warenhandel über Ursprungsregeln, technische Handelshemmnisse, Investitionsförderung, Schutz des geistigen Eigentums bis zu handelsrelevanten Umweltfragen. Zu Arbeiterrechten und sozialen Aspekten, die in Zusammenhang mit dem Handel stehen, gibt es ein Parallelabkommen.

In der Landwirtschaft hat die Schweiz laut Schneider-Ammann bei heiklen Produkten (sprich Milch und Fleisch) keine Konzessionen gemacht. Der Tarifabbau bleibe im Rahmen der WTO-Kontingente. Zolltarife ausserhalb der Kontingente würden nicht angetastet, und Vorschriften punkto Hygiene, Gesundheit, Sicherheit und Kennzeichnung blieben intakt. Bei einer Vororientierung sei das Ergebnis von der Spitze des Bauernverbands und Vertretern der Nahrungsmittelindustrie wohlwollend aufgenommen worden.

Über den konkreten Inhalt des Abkommens ist noch sehr wenig bekannt. Schneider-Ammann stellte weitere Informationen für nächste Woche in Aussicht, wenn der chinesische Premierminister die Schweiz besucht. Diese anstehende Visite habe den Abschluss der Verhandlungen beschleunigt. Veröffentlicht wird der Vertrag nach der Unterzeichnung in «den nächsten Monaten». Das Abkommen mit dem dritt-wichtigsten Handelspartner sei wichtig für die Schweizer Wirtschaft. Es garantiere neu auch einen direkten Zugang zu den chinesischen Behörden. Zum jetzigen Zeitpunkt habe der Bundesrat keine Ambitionen auf Freihandelsgespräche mit den USA.

Weitere Initiative zum AKW-Ausstieg

dsc. · Mit über 128 000 Unterschriften ist am Mittwoch die Stromeffizienz-Initiative bei der Bundeskanzlei eingereicht worden. Die Volksinitiative will die Stromeffizienz steigern, um bis 2035 den Stromverbrauch auf dem Niveau von 2011 zu stabilisieren. Damit geht die Vorlage, die von Umweltverbänden wie auch von bürgerlichen Politikern mitgetragen wird, über die Ziele des Bundesrats hinaus. Dem Einwand, dass ein Anstieg des Stromverbrauchs im Rahmen des Ersatzes fossiler Energiequellen auch positive Gründe haben kann, will die Vorlage mit einem Vorbehalt im Initiativtext Rechnung tragen.

BAUME & MERCIER
MAISON D'HORLOGERIE GENEVE 1830

www.baume-et-mercier.com

BEYER

Zürich seit 1760 · Uhren & Juwelen
Bahnhofstrasse 31 · 8001 Zürich · Tel +41 (0)43 344 63 63
beyer-ch.com



CLIFTON